

**Unverkäufliche Leseprobe**



**Sabine Dabringhaus**  
**Geschichte Chinas im 20.**  
**Jahrhundert**

288 Seiten, Gebunden  
ISBN: 978-3-406-59286-7

### 3. Der Systemwechsel von 1911/12: Revolution ohne Neubeginn

**Das plötzliche Ende der Dynastie** Am 12. Februar 1912 bestätigte die Abdankung des sechsjährigen Qing-Kaisers Puyi (1906–1967) formal das Ende dynastischer Herrschaft in China. Auf den monarchischen Staat folgte die Republik. Allein diese Tatsache berechtigt dazu, von einer Revolution zu sprechen. Jedoch verlief der Wandel des politischen Systems keineswegs reibungslos. Sun Yatsen, der sowohl von den Kommunisten als auch von den 1949 nach Taiwan geflohenen Guomindang-Anhängern als «Landesvater» (*guofu*) und Staatsgründer verehrt wird, gehörte nur sechs Wochen lang der neuen Regierung an.<sup>68</sup> Er verzichtete zu Gunsten von Yuan Shikai (1859–1916) auf das Präsidentenamt, einem Spitzenbeamten der Qing-Dynastie, der nach der Jahrhundertwende in Nordchina eine schlagkräftige, moderne Provinzarmee aufgebaut und in der Revolution die Seiten gewechselt hatte.<sup>69</sup>

Der aus der Nähe von Guangzhou (Kanton) stammende Sun Yatsen war erst kurz zuvor nach China zurückgekehrt. Er hatte bis dahin die wenigste Zeit seines Lebens auf dem chinesischen Festland verbracht. Seine berufliche Ausbildung als Arzt durchlief er in Hongkong, den revolutionären Umsturz bereitete er in Japan und unter den Auslandschinesen vor. Alle Versuche an der Jahrhundertwende, den Sturz der Dynastie zu beschreiben, schlugen fehl. Die von ihm inspirierten Aufstände blieben erfolglos.<sup>70</sup> Sun Yatsens Verdienst war es, in den Jahren vor dem Ende der Dynastie die revolutionären Exilgruppen in Tokyo zu einer Allianz (*Tongmenghui*) zu verbinden.<sup>71</sup> Ihre Mitglieder bauten nach ihrer Rückkehr auf das Festland ein Beziehungsnetz auf und konnten ihr revolutionäres Gedankengut vor allem unter den Offizieren der neuen Provinzarmeen verbreiten.<sup>72</sup>

Der Sturz der Dynastie geschah eher zufällig, als am 10. Oktober 1911 eine Fehlzündung in einer heimlichen Waffenfabrik radikaler junger Militärskadetten in Wuchang (heute Teil von Wuhan) eine Armeeerolte auslöste und der Militärkommandeur der Qing-Regierung die Gefolgschaft aufkündigte. Eine Welle von Unabhängigkeitserklärungen der Provinzen zwang die kaiser-

liche Regierung zum Einlenken. Das mandschurische Kaiserhaus, das im Verlauf des 19. Jahrhunderts zahlreiche Aufstände und Rebellionen sowie die Kriegsniederlagen gegen die Imperialmächte überlebt hatte, schien seinen Willen zum Machterhalt verloren zu haben. Zahlreiche Garnisonen der mandschurischen Bannertruppen, die über das ganze Land verteilt waren und zusammen mit der traditionellen chinesischen Armee der «Grünen Standarte» die Regierungstruppen stellten, liefen zu den Revolutionären über. Nur wenige mandschurische Garnisonen leisteten noch einige Wochen gegen die Revolutionstruppen Widerstand. Vor allem im Süden und im Nordwesten des chinesischen Kernlandes kam es zu antimandschurischen Ausschreitungen.<sup>73</sup> Selbst die Revolutionäre waren von ihrem unerwarteten Erfolg überrascht.<sup>74</sup>

Letztlich zeigte die fortschreitende Schwächung der Qing-Herrschaft durch die Konflikte mit den neuen Eliten in den Provinzen ihre Wirkung. Eigentlich war es das Ziel der kaiserlichen «Neuen Politik» nach 1901 gewesen, die zentralisierte Herrschaftsausübung wieder zu stärken. Tatsächlich war es der Dynastie zunächst gelungen, durch die Öffnung des Staatsdienstes für breitere Anwärtergruppen und eine finanzielle Unterstützung von modernen Schulen, durch Industrie Gründungen, Eisenbahnbau, moderne Armeen und andere Reformprojekte in den Provinzen die Unterstützung der neuen städtischen Eliten zu gewinnen. Die politischen und administrativen Reformen wurden jedoch nur zögerlich umgesetzt. Nach dem Tod des Guangxu-Kaisers und der Kaiserinwitwe Cixi im Jahre 1908 beherrschten Kräfte am Kaiserhof die Politik, die für eine stärkere Verteidigung der Privilegien der Mandschu gegenüber den chinesischen Beamten und den Provinzeliten eintraten.<sup>75</sup> Als die 1909 gewählten Provinzversammlungen nun auch Wahlen zur angekündigten Nationalversammlung sowie die Einsetzung eines dem Parlament verantwortlichen Kabinetts forderten, verschärfte sich der Konflikt zwischen dem Zentrum und seinen Provinzen. Gleichzeitig setzte sich die Qing-Regierung über den wachsenden antiimperialistischen Patriotismus in der Bevölkerung hinweg, indem sie ihr Versprechen ignorierte, den Ausbau des Schienennetzes rein chinesischen Bahngesellschaften zu überlassen und ausländisches Kapital davon auszuschließen. Im Frühjahr 1911 stellte die Dynastie selbst

die Weichen für ihr baldiges Ende, als sie ihr neues Kabinett mit einer Mehrheit alter Kräfte aus dem Mandschu-Adel besetzte und dann auch noch am 9. Mai 1911 die Verstaatlichung aller großen Eisenbahnlinien verfügte.<sup>76</sup> Die Personalpolitik des Kaiserhofes bedeutete letztlich einen Schlag ins Gesicht aller Reformer: Von dreizehn Ministerposten des Kabinetts wurden nur vier mit Han-Chinesen besetzt. Mitte Juni richtete eine Föderation von Provinzparlamenten eine Petition an die Regierung, in der sie die Ernennung eines Mandschuprinzen zum Ministerpräsidenten als Verstoß gegen die Grundidee einer konstitutionellen Monarchie beklagte.<sup>77</sup> Gleichzeitig löste der Abschluss einer Auslandsanleihe mit einem Viermächte-Bankenkonsortium zur Finanzierung der geplanten Huguang-Eisenbahnlinie heftige Proteste gegen die kaiserliche Eisenbahnpolitik aus. Vor diesem Hintergrund erfolgten im Oktober die Militärrevolte in Wuchang und die Unabhängigkeitserklärung der Provinzen, denen der Kaiserhof militärisch und politisch wenig entgegenzusetzen hatte.

**Der schwierige Übergang zur Republik unter Yuan Shikai** Yuan Shikai nutzte das plötzliche Machtvakuum und übernahm im März 1912, zunächst provisorisch, das Präsidentenamt.<sup>78</sup> Bei den ersten Parlamentswahlen im Winter 1912/13 konnte ein einziges Mal in der Geschichte Chinas ein relativ hoher Prozentsatz der chinesischen Bevölkerung ihre nationalen Vertreter selbst wählen. Der Ausgang der Wahl bestärkte Yuan Shikai in seiner Ablehnung einer liberalen Republik. Denn die aus Sun Yatsens revolutionärer Allianz hervorgegangene Guomindang (Nationale Volkspartei, GMD) errang einen deutlichen Sieg und konnte 269 der 596 Abgeordneten stellen.<sup>79</sup> Ihr Parteivorsitzender Song Jiaoren (1882–1913), einer der schärfsten Kritiker Yuan Shikais, gehörte zu den ersten Opfern der nun folgenden «zweiten Revolution». Er wurde im März 1913 ermordet. Eine systematische Bekämpfung aller revolutionären Kräfte im Land begann. Diese schlossen sich zu Anti-Yuan-Bündnissen zusammen.

Wichtige Unterstützung erhielt Yuan Shikai in diesem kritischen innenpolitischen Moment von den Großmächten, die ihm durch eine «Reorganisationsanleihe» von 25 Millionen Pfund den Rücken stärkten. Während der revolutionären Ereignisse im

Herbst 1911 war das Ausland zunächst neutral geblieben. Die Großmächte hatten den innenpolitischen Schwebezustand genutzt, um den chinesischen Seezoll, der seit 1863 durch eine sino- ausländische Behörde erhoben wurde, fortan ihrer direkten Kontrolle zu unterstellen und damit die lukrative Handelssteuer der chinesischen Regierung zu entziehen.<sup>80</sup> In Shanghai zogen die Gerichte der Internationalen Niederlassung auch die Rechtsprechung über rein chinesische Fälle an sich. Beide Maßnahmen schränkten die Souveränität Chinas weiter ein. Als Garant dieser Privilegien erschien Yuan Shikai dem Ausland die aussichtsreichste politische Figur in der jungen Republik zu sein. Die Reorganisationsanleihe vom April 1913 gab Yuan Shikai einen entscheidenden Vorsprung vor seinen politischen Rivalen und erleichterte ihm den Weg zum diktatorischen Regime.<sup>81</sup> Innenpolitisch profitierte er von der Zersplitterung der politischen Elite auf Provinz- und Lokalebene. So schlug sich selbst Li Dazhao (1889–1927), einer der späteren Begründer der kommunistischen Bewegung in China, angesichts der «despotischen Macht» des Provinzmilitärs im Sommer 1913 offen auf die Seite Yuan Shikais:

«Wie konnte der frühere Glanz jener Helden, die unsere Flüsse und Gebirge [von den Mandschu] zurückeroberten, so verblassen? Die Gefahr, in der sich die Nation nun befindet, ist doppelt so groß wie zur Zeit der früheren Qing. Die Mongolei und Tibet sind abgespalten worden. Externe Schwierigkeiten sind stärker als zuvor. Die Finanzen sind erschöpft. Die Schränke sind leer. Wenn sich jeder als Herr des Moments betrachtet, ohne über unmittelbare Pläne für eine allgemeine Rettungsstrategie zu verfügen, dann missachten wir die Warnungen aus dem Balkan und folgen wahrscheinlich dem Schicksal Ägyptens.»<sup>82</sup>

Für viele Revolutionäre und Reformer verkörperte Yuan Shikai in diesem Moment den nationalen Einheitsgedanken. Als er die Absetzung dreier prominenter Guomindang-Gouverneure verkündete, riefen die Revolutionäre um Sun Yatsen in den südlichen Provinzen zum Widerstand auf, der rasch niedergeschlagen wurde. Tatsächlich gelang es Yuan Shikai, das Land zusammenzuhalten.

Er stützte sich dabei nicht nur auf die Finanzmittel der Reorganisationsanleihe und die wohlwollende Haltung des westlichen Auslands, sondern auch auf große Teile der Elite, die zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen auf Ordnung und Ruhe angewiesen war.<sup>83</sup> Bis Mitte 1915 wurden zwölf Provinzen des chinesischen Kernlands mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 300 Millionen Menschen in ein stark zentralisiertes Herrschaftssystem einbezogen. Selbst in den verbliebenen Landesteilen war Yuans Einfluss nicht gering.<sup>84</sup> Der Preis dafür war die Diktatur. Nachdem er sich vom eingeschüchterten Parlament zum Präsidenten wählen ließ und die Mächte seine Republik anerkannten, verbot Yuan Shikai die Guomindang und rief das Kriegsrecht aus. Im November 1913 ließ er die Nationalversammlung auflösen und zahlreiche Abgeordnete verhaften. Die Presse unterstellte er einer strengen Zensur; viele Zeitungen mussten ihr Erscheinen einstellen. Durch die Reaktivierung alter Beamtenränge, die Verleihung von Adelstiteln und die Umbenennung von Regierungssämtern erfolgte schrittweise eine Rückkehr zu kaiserlichen Herrschaftspraktiken. Als Yuan Shikai im Dezember 1915 die Wiedereinführung der Monarchie mit sich selbst als dynastischem Oberhaupt verkündete, formierte sich der Widerstand. Seine wichtigste Stütze, das Militär, verweigerte ihm nun die Gefolgschaft. Die revolutionäre Zäsur der Jahreswende 1911/12 ließ sich nicht mehr vollständig rückgängig machen. Überall im Land entstanden «Armeen zum Schutz des Staates» (*huguojun*). Yuan Shikai zog im Frühjahr 1916 sein Vorhaben wieder zurück. Er starb im Juni des Jahres und hinterließ ein politisches Trümmerfeld.<sup>85</sup>

### ***Schwächung von außen: China im Visier des japanischen Imperialismus***

Die mühsamen Anfänge der jungen chinesischen Republik ermöglichten es Japan, seine Expansionsziele auf dem ostasiatischen Kontinent voranzutreiben, während die westlichen Großmächte in den Auseinandersetzungen des Ersten Weltkriegs gebunden waren. Nach ihren großen Erfolgen in den Kriegen mit China (1894/95) und Russland (1904/5) betrachtete die japanische Regierung die Schwäche Chinas und die Ablenkung der westlichen Konkurrenten als willkommene Gelegenheit zur Neuformierung ihrer Nation als Imperium. Im November 1914

eroberten japanische Truppen das deutsche Pachtgebiet in Shandong. 1915 folgte die Verkündung der ultimativen «21 Forderungen», durch die Japan seine hegemoniale Stellung auf dem ostasiatischen Kontinent ausbauen und China auf einen protektoratsähnlichen Status reduzieren wollte. In Geheimabkommen mit Frankreich und Großbritannien ließ sich Japan als Gegenleistung für seine Kriegsbeteiligung auf Seiten der Alliierten den Anspruch auf Shandong zusichern. Seine territorialen Ansprüche gingen jedoch weit über das von Deutschland übernommene Gebiet in Nordchina hinaus und steckten bereits das künftige – teils formelle, teils informelle – japanische Imperium der dreißiger Jahre ab, das sich am Vorabend des Kriegsbeginns 1937 vom Osten der Inneren Mongolei über die Mandschurei und die Provinzen Hebei und Shandong bis zur südchinesischen Küstenprovinz Fujian erstrecken sollte.<sup>86</sup> Auf der Versailler Friedenskonferenz wurde an den Vereinbarungen der Kriegszeit festgehalten. Chinas Delegation erlebte die Verhandlungen als eine tiefe Demütigung. Unterstützung erhielt sie durch Tausende von Chinesen aus China und Übersee, die in Telegrammen ihre tiefe Enttäuschung über die Ergebnisse von Versailles zum Ausdruck brachten.<sup>87</sup> China unterschrieb den Versailler Vertrag nicht. Dennoch stärkten sein Engagement im Ersten Weltkrieg<sup>88</sup> und das geschliffene – wenngleich erfolglose – Auftreten seiner Diplomaten bei den Friedensverhandlungen die Integration des Landes in die internationale Gemeinschaft. Zwei Jahre nach Versailles unterschrieb China im Mai 1921 einen Vertrag mit Deutschland, der erstmals nach den «Ungleichen Verträgen» des 19. Jahrhunderts bilaterale Beziehungen auf den Prinzipien von Gleichheit und Gegenseitigkeit vereinbarte.

***Proteste und Wandel in der städtischen Gesellschaft*** Die innenpolitischen Folgen des «Betrugs von Versailles» waren erheblich. Die Protestbewegung des Vierten Mai 1919, die im Anschluss an die Boykotte in den Jahren zuvor eine neue Form der politischen Öffentlichkeit in China markierte, bewies, dass sich trotz aller Schwierigkeiten nach 1911 bereits viel mehr verändert hatte als nur formal das Regierungssystem. Mit dem Zusammenbruch des kaiserlichen Staatswesens gerieten auch seine kulturellen Grundlagen

ins Wanken. Die Gesellschaft suchte nach einer neuen geistigen Orientierung. Die einschneidendsten Veränderungen erfolgten zunächst im städtischen Kulturleben: Ein neuer Kalender löste den traditionellen chinesischen Mondkalender ab. Der Mandschu-Zopf der Männer wich einem westlichen Haarschnitt. Neue öffentliche Rituale und Symbole wurden geschaffen, wie die Verehrung der revolutionären Märtyrer, ein Nationalfeiertag, eine Nationalflagge und eine Nationalhymne.<sup>89</sup> Für die städtische Bevölkerung führte der Systemwechsel von 1911/12 zu einer Revolutionierung ihres Alltagslebens: Der neue Kalender strukturierte ihr Leben neu, die Männer wirkten mit ihren neuen Haarschnitten europäisch, und die neuen Rituale des Staatsbürgers vermittelten jedem einzelnen Mitglied der Gesellschaft eine nationale Identität.<sup>90</sup> In Chinas urbanen Zentren entfaltete der frühe chinesische Nationalismus seine Rolle als treibende Kraft von Identitätsbildung und kultureller Modernisierung. Als kulturelles Programm ermöglichte er die Integration der Symbole des modernen, westlichen Nationalismus. Während Militärcliquen sich in den Provinzen in ständig wechselnden Machtkämpfen verstrickten, suchte die junge Generation der Intellektuellen in den Städten nach einer neuen Grundlage zur Reintegration der Gesellschaft. Durch Versailles hatten ihr Bild vom Westen und die Attraktion westlicher Ideen schweren Schaden genommen.<sup>91</sup> «Selbstvertrauen» hieß die neue Devise, die nun von Liang Qichao ausgegeben wurde, der als Beobachter zu den Friedensverhandlungen nach Paris gereist war und sich wieder vermehrt in der Öffentlichkeit zu Wort meldete.<sup>92</sup>

**Sieg des Militarismus** Unter den Intellektuellen fand der Militarismus im Land durchaus Anhänger. Liu Shuya (1893–1958) warnte in einem Beitrag unter dem Titel «Staatsmilitarismus» (*junguo zhuoyi*): «Es gibt keinen anderen Weg, Territorium und Volk der Nation zu verteidigen. Denn die heutige Welt ist eine Welt des Militarismus.»<sup>93</sup> Selbst Chen Duxiu (1879–1942), einer der Wortführer der Neuen Kulturbewegung, sprach dem Krieg generell eine belebende, stärkende Bedeutung für die Gesellschaft zu, wenngleich er 1918 in einem Artikel unter dem Titel «Nieder mit den Kriegsherren» (*Dao junfa*) den Zerfall Chinas in konkurrierende Kriegsherrengebiete verurteilte und dabei erstmals den Begriff des

«Kriegsherren» (*junfa, warlord*) verwendete.<sup>94</sup> Auch Liang Qichao forderte die Chinesen zu mehr Kampfgeist auf.<sup>95</sup> Der Aufstieg des Militarismus war eng mit dem wachsenden Nationalismus verbunden. Im sozialdarwinistischen Kampf der Nationen erschien militärische Stärke als Mittel zur Rettung des chinesischen Staates. Die gescheiterte Festigung der republikanischen Regierungsform trieb das Militär zum Eingreifen in der Politik.<sup>96</sup> Edward A. McCord, ein profunder Kenner der frühen Republik, sieht die eigentliche Ursache des Zerfalls in regionale Militärcliquen in der Krise der politischen Autorität, die wiederum auf den fehlenden Konsens über die Organisation politischer Macht zu Beginn der Republikzeit zurückgehe. Die Militarisierung der republikanischen Politik verstärkte sich, als die verschiedenen politischen Kräfte sich dem Militär zuwandten, um scheinbar unversöhnliche politische Konflikte zu lösen. Weniger die ablehnende Haltung der Militärkommandeure gegenüber der legitimen politischen Autorität als vielmehr die Schwierigkeit, überhaupt zu definieren, welche Autorität legitim war, führte zur Fragmentierung Chinas in konkurrierende Kriegsherrengebiete.<sup>97</sup> Nominell bestand die Zentralregierung der Republik in Beijing auch nach 1916 fort. Sie beschränkte sich auf die Funktion als Kabinett für die wechselnden Militärführer, die jeweils die hauptstädtische Region kontrollierten, und als außenpolitische Vertretung gegenüber dem Ausland. Im Gegensatz zur zivilen kaiserlichen Bürokratie war das Militär in China niemals zentral organisiert worden. Folglich gelang es keinem der Kriegsherren, kaiserliche Strukturen wiederzubeleben, um das Land horizontal zusammenzuhalten.